

# Albanien

Tobias Flessenkemper\*

Der NATO-Mitgliedstaat Albanien ist seit 2014 EU-Beitrittskandidat. Zusammen mit seinem Nachbarn und NATO-Verbündeten Nordmazedonien bildet Albanien ein inoffizielles Beitrittsduo. Die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen für beide Kandidaten wurde von der Europäischen Kommission 2019 vorgeschlagen, scheiterte aber am Widerstand Frankreichs. Der letzte Versuch der Aufnahme von Verhandlungen scheiterte am Veto Bulgariens gegenüber Nordmazedonien aufgrund von bilateralen kulturellen Fragen. EU-Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi brachte am 7. Mai 2021 eine Entkopplung von Albanien und Nordmazedonien ins Spiel. Várhelyi wollte Albanien vorziehen. Ungarn, das ihn nominiert hatte, gewährte dem mit internationalem Haftbefehl gesuchten ehemaligen nordmazedonischen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski politisches Asyl und schwächt damit die nordmazedonischen Rechtsstaatsreformen. Der Vorstoß Várhelyis fand keine Unterstützung der Mitgliedstaaten. Anders als die EU verhängten die USA am 19. Mai 2021 gegen den ehemaligen albanischen Präsidenten Sali Berisha und langjährigen Vorsitzenden der Demokratischen Partei (DP) Sanktionen wegen Korruption.<sup>1</sup> Bei den Wahlen zum Kuvendi i Shqipërisë (Parlament) am 25. April 2021 konnten die Sozialistische Partei (SP) unter Ministerpräsident Edi Rama ihre Führungsrolle festigen. Als Vorsitzender der OSZE gelang es Edi Rama und der albanischen Diplomatie die Führungskrise der Organisation rechtzeitig zum Ende des Vorsitzes beim Gipfeltreffen der 57 Teilnehmerstaaten in Tirana (und online) am 3./4. Dezember 2020 zu lösen. Rama engagierte sich zusammen mit dem serbischen Präsidenten Vučić aktiv in Fragen der regionalen Kooperation im Westbalkan, allerdings blieben diese Initiativen vage.

Albaniens Bruttosozialprodukt schrumpfte 2020 in der ersten Rezession seit 1998 pandemiebedingt um 3,3 Prozent. Für 2021 wird wieder Wachstum erwartet. Dank sinkender Infektionsraten gelang es Edi Rama und seiner SP die Parlamentsmehrheit bei den Wahlen am 25. April 2021 zu sichern. Sie gewann 74 der 140 Sitze. Die DP erreichte im Bündnis mit der LSI (Sozialistische Bewegung für Integration) knapp 40 Prozent der Stimmen. Die von Monika Kryemadhi, der Ehefrau von Präsident Ilir Meta, geführte LSI halbierte ihren Stimmenanteil. So geht Präsident Meta, der mit Ministerpräsident Rama im Dauerstreit über Verfassungsfragen liegt, als Verlierer aus der Wahl. Das Parteiensystem bleibt stabil und gekennzeichnet von Pluralismus und einer parlamentarischen Opposition. Der Wahlsieg Ramas wird jedoch auch als Konsolidierung autokratischer Tendenzen gewertet. So waren die Wahlvorbereitungen überschattet von Vorwürfen der Wählereinschüchterung durch die SP.<sup>2</sup> Die Regierungsbildung war bis September 2021 nicht abgeschlossen. Weiterhin bestehen die fünf Reformprioritäten der EU in den Bereichen Justiz, Verwaltungsreform, Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption sowie Bürger-

---

\* Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

1 U.S. Department of State: Pressemitteilung, Public Designation of Albanian Sali Berisha Due to Involvement in Significant Corruption, 19.5.2021.

2 Gjergj Erebara: Albania Prosecutors Investigate Socialists' Big-Brother-Style Database, in: BalkanInsight, 16.4.2021.

und Grundrechtsstärkung. Für Fragen der Wahlrechts-, Mediensektor- und Justizreform arbeitete Albanien dabei mit der Venedig-Kommission des Europarats zusammen.

Albanien hat sich intensiv in den 2014 von Bundeskanzlerin Angela Merkel lancierten Berliner Prozess eingebracht. Allerdings wurden die Hoffnungen in diese Initiative der regionalen Zusammenarbeit der Westbalkanstaaten auf dem Weg in die EU nur zum Teil erfüllt. Es gelang einige Projekte zu beginnen, wie das Regionale Jugendwerk (RYCO) oder einen Westbalkanfonds, und deren Dienststellen in Tirana anzusiedeln. Jedoch ist die Energie verpufft und es gibt regional- oder integrationspolitisch wenig wirklichen Fortschritt zu verzeichnen. Auch die Initiative „Open Balkan“, die von den Staats- und Regierungschefs Albaniens, Nordmazedoniens und Serbiens im Sommer 2021 lanciert wurde, ist vage und scheint vor allem den Boden für grenzüberschreitende Investitionsprojekte außerhalb des rechtlichen Rahmens der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU bereiten zu wollen. Obwohl es außer Ankündigungen keine belastbaren Abkommen oder rechtlich bindende Vereinbarungen gibt, lenkt die Initiative zumindest von der notwendigen Umsetzung bestehender Verträge mit der EU ab, beziehungsweise von bestehenden regionalen Vereinbarungen wie der Europäischen Energiegemeinschaft oder dem Abkommen zum gemeinsamen Markt von 2017.

Mit dem Ende der Ära Merkel droht eine weitere Stagnation der schleppenden EU-Annäherung, da eine Redynamisierung der Integration angesichts der französischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2022 zumindest bis dahin unwahrscheinlich ist. So bleiben für Akteure wie dem selbstbewusst agierenden Rama andere Alternativen attraktiv. Da Open Balkan auf Investitionen ohne EU-Regeln abzielt, droht eine Situation, in der EU-Fördermittel nicht mehr für das Ziel der Angleichung des demokratischen Systems, der Rechtsstaatlichkeit und der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik, sondern vor allem für Großprojekte in der Energie-, Transport- und nachgeordneten Fertigungsindustrie eingesetzt werden. Damit würden nicht nur die Ziele des Instruments für Vorbeitrittshilfe verfehlt, sondern trotz bestehender Beitrittsperspektive das Ziel der Beziehungen zwischen Albanien und anderer Staaten der Region mit der EU verändert: von gleichberechtigter Integration und Demokratisierung zu externer Stabilisierung einer ausgelagerten Sonderwirtschaftszone mit zunehmend autokratisch agierenden Regierungen.<sup>3</sup>

Mit der Open Balkan Initiative versucht Rama auch Druck auf die Regierung in Kosovo auszuüben und wirbt für dessen Mitarbeit. Ministerpräsident Albin Kurti lehnt dies wegen der ungeordneten Beziehungen zwischen Pristina und Belgrad ab, da er sonst eine Schwächung der Staatlichkeit Kosovos fürchtet. Der Druck aus Tirana und Belgrad auf Kosovo, Montenegro und Bosnien und Herzegowina, Open Balkan beizutreten, wird dabei von der EU und den USA billigend in Kauf genommen, befördert aber völkische Politik. Damit könnte Rama trotz eines erfolgreichen OSZE-Vorsitzes 2020 zu Spannung in der Region und einer weiteren Schwächung der EU-Integration beitragen. Unklar bleibt, ob Albanien Ende 2021, die Aufnahme von Beitrittsgesprächen angeboten werden kann, oder ob der Rat weiterhin blockiert bleibt.

### Weiterführende Literatur

Michael Schmidt-Neke: Parlamentswahlen 2021 in Albanien: Edi Ramas Sozialisten verteidigen die absolute Mehrheit, in: Südosteuropa Mitteilungen 4/2021, S. 7–21.

---

3 V-Dem Institute: Democracy Report 2021, 2021, abrufbar unter: <https://www.v-dem.net/files/25/DR%202021.pdf> (letzter Zugriff: 25.9.2021).